

- Auszug aus der Butzbacher Zeitung vom Mittwoch, 28. November 2007 -

Auch Hessens Justizminister Banzer kam zum Jubiläum nach Butzbach

Gewerkschaft der hessischen Strafvollzugsbediensteten feierte 50-jähriges Bestehen

BUTZBACH (fö). Die Jahrestagung der Gewerkschaft der hessischen Strafvollzugsbediensteten (BSBD) findet traditionell in Butzbach statt. Doch am vergangenen Freitag ging es im vollbesetzten Bürgerhaus nicht vorrangig um bessere Arbeitsbedingungen und Gehaltsforderungen gegenüber der Landesregierung, die zum Deutschen Beamten Bund (dbb) formell zugehörige Fachgewerkschaft BSBD feierte mit ihrem hessischen Landesverband ihr 50-jähriges Bestehen. Viele Ehrengäste konnte der Vorsitzende des hessischen BSBD-Landesverbandes, Uwe Röhrig (Butzbach-Pohl-Göns) begrüßen u.a. die Leiter und Leiterinnen der hessischen JVA, die oberste Verwaltungsspitze des Justiz-

ministeriums wie auch die politischen Parteien im Landtag.

Röhrig betonte in seinen einführenden Worten, dass in der heutigen auf Egoismus eingestellten Zeit oftmals eine Gewerkschaft nur dann als sinnvoll bei Mitarbeitern angesehen werde, „wenn man schnellstmöglich etwas davon habe“ - der solidarische Gedanke trete in den Hintergrund wie das Erreichen langfristiger Ziele für alle Mitarbeiter. Bessere Laufbahnbedingungen auch für Berufsanfänger, Erschwerniszulagen, Dienstkleidungszuschüsse und besondere Altersgrenzen für den Schichtdienst - groß seien die Verdienste des BSBD im Laufe von 50 Jahren gewesen, ohne Unmögliches zu fordern.

Mit Vernunft wolle man auch künftig

die Arbeitsbedingungen verbessern, seien es doch die Bediensteten im hessischen Justizvollzug, die Tag und Nacht durch Engagement, Einsatz und Tatkraft den Vollzug trügen, die Sicherheit für die Bürger gewährleisten, ergebnis- und erfolgsorientierte Arbeit vollbrächten und die Modernisierung des Vollzuges und der gesamten Landesverwaltung kräftig mitgestalteten. Abschließend dankte Röhrig allen Kollegen im Landesverband und in den 22 Ortsverbänden für ihr großes Engagement, ohne das eine solch erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht möglich wäre. Er dankte auch den politisch und für den Vollzug im hessischen Justizministerium Verantwortlichen, dass sie ein offenes Ohr gegenüber den Belangen der BSBD gehabt hätten und man so im konstruktiven Dialog die Vollzugsarbeit in Hessen habe voranbringen können.

„Strafvollzug der Länder im Umbruch - Chancen und Risiken“ lautete das Thema der Festrede von Thomas Rösch, dem Leiter der JVA Freiburg. Rösch lobte in seinem kurzweiligen Vortrag beispielsweise das gerade erst vorgestellte neue hessische Jugendvollzugsgesetz, bei dem der erzieherische Charakter vor dem reinen Vollzugsgedanken platziert worden sei. Risiken auch im Erwachsenenvollzug sah Rösch allerdings darin, dass die Länder viel zu viel experimentierten nach dem Motto „wo was wie ginge oder auch nicht“. Er warnte die Justiz davor, denn was man in diesem speziellen Sachgebiet des Justizvollzuges benötige, sei vor allem Konstanz. Einer teilweisen Privatisierung im Justizvollzug mochte sich Rösch nicht völlig verschließen, doch müsse stets der Weg von Landesjustiz vorgegeben werden. Es gebe keinen Leitsatz, der besage, dass Private es von vorne herein besser könnten als staatliche Dienststellen. Es könne nicht wie in der teilprivatisierten JVA Hünfeld sein, dass sich private Gefängnisbetreiber in nagelneue Anstalten mit handverlesenen Gefangenen und mit geringer Reststrafe niederließen und sich dann mit staatlichen Gefängnissen verglichen, die ihren Betrieb mit ungleich schwierigeren Bedingungen sicherstellen müssten.

Der Ehrenvorsitzende des BSBD-Landesverbandes, Heinz-Dieter Hessler, wies in seiner Rede auf die vielen Fortschritte hin, die man in den letzten Jahrzehnten habe erreichen können. Er appellierte an die Politik bei allen Kostensenkungen einen Rückfall in den Verwahrvollzug anstelle des anzustrebenden Behandlungsvollzuges zu verhindern, den er als einzig sinnvolle Art eines Strafvollzuges ansehe.

Justizminister Banzer erkannte die Verdienste des BSBD in Hessen ausdrücklich an und hob die gute Zusammenarbeit hervor. Banzer verschwieg nicht, dass es sehr wohl eine Kontroverse über die Anzahl der Mitarbeiter im allgemeinen Vollzugsdienst gebe. Aber derzeit habe man bei heutzutage weniger Gefangenen als früher eine Planstelle mehr als 1999, führte Banzer aus und gab zu bedenken, dass man vor einigen Jahren auf jeweils 100 Inhaftierte 35 Bedienstete gehabt habe und heute 42,91 Stellen vorweisen könne - da dürfe man nicht unzufrieden

sein. Im Jugendvollzug steige die Bedienstetenzahl sogar von derzeit 45 auf 66 pro 100 Gefängnisinsassen, so der Minister mit der Bitte, nicht jede Änderung im Arbeitsablauf durch Einführung neuer Methoden und Anforderungen als Kritik an der bisherigen Arbeitsweise zu betrachten. Nur müsse man durch neue Erfordernisse situationsangepasst von althergebrachten Arbeitsweisen ablassen zugunsten einer aktuellen Grundorientierung gegenüber früheren Zielsetzungen.

Lobende Grußworte für die Arbeit des BSBD (70% der hessischen Justizbediensteten werden durch diese Fachgewerkschaft vertreten) auch ausnahmslos seitens der im Landtag vertretenen Parteien und hier der Vertreter im Unterausschuss Justiz - wie dem langjährigen Ausschussvorsitzenden Dietrich Meister und seinem Nachfolger Alfons Gerling (beide CDU), Nancy Faeser und Heike Hofman (beide SPD) sowie den FDP-Fraktionsvorsitzenden Jörg-Uwe Hahn und Dr. Andreas Jürgens (Bündnis 90/Die Grünen). Vor allem die im Falle eines SPD-Wahlsieges als künftige Justizministerin gehandelte Expertin in Sachen Justizvollzug, Nancy Faeser, nahm die Gelegenheit in Butzbach wahr, ihre Zielsetzungen im Falle einer Amtsübernahme darzulegen: Arbeitszeit auf 40 Stunden senken, für Arbeiter und Angestellte die sofortige Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder, Rückbau der reduzierten Personalvertretungsrechte zum alten Status, Korrektur der Aufgabengebiete, Ab-

kehrung jeder Privatisierung im Justizvollzug, keine Reduzierung der Ausbildungszeiten, keine Stellenreduzierung im Erwachsenenvollzug zugunsten des Jugendvollzuges!

Butzbachs Bürgermeister Michael Merle zeigte sich dankbar, in seiner Stadt eine derartige Versammlung seit Jahren begrüßen zu dürfen und natürlich auch darüber, dass eine der größten Vollzugsanstalten hier beheimatet ist, die Beschäftigung garantiere und ein nicht zu vernachlässigen-

der Wirtschaftsfaktor sei. Der Bundesvorsitzende des BSBD, Anton Bachl, drückte seine Hochachtung darüber aus, dass im hessischen Landesverband die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sehr hoch gehalten werde und sich die im BSBD organisierten Bediensteten vorbildlich getreu dem Gewerkschaftsmotto „Nähe ist unsere Stärke“ durch ihren Berufsverband vertreten wüssten. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Trio Uwe Röhrig, Lutz Herbel und Stefan Geiger.